
Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014

Europäische Verkehrspolitik: Infrastruktur verbindet – Mobilität europäisch denken

Die Möglichkeit, sinnvoll von einem zum anderen Ort zu kommen ist ein wichtiger Teil der Europäischen Idee. Nicht nur ideell, sondern auch real braucht es Verknüpfungen und gemeinsame Perspektiven.

Europa heißt Grenzen abbauen. Doch Grenzen verschwinden nicht allein dadurch, dass es keine Grenzkontrollen mehr gibt. Der Prozess zu einem Europa frei von Grenzen muss gestaltet werden. Dazu gehören für uns Verkehrsverbindungen, die nicht einfach dort aufhören, wo früher einmal eine Grenze war. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Staatsregierung auf, sich für den stärkeren Ausbau der Nahverkehrsgrenzstrecken einzusetzen. Wichtiger Teil davon ist, Strecken wie München – Lindau oder Regensburg – Furth im Wald zu elektrifizieren, um perspektivisch auch hier Fernverkehr möglich zu machen.

Des weiteren gilt es, die Tarifgebung für den Nahverkehr in Grenzregionen umzugestalten. Anstatt der derzeitigen Regelung mit Grenztarifpunkten, an denen sich die Tarife der einen Bahngesellschaft mit der im Nachbarland abwechseln, braucht es Konzepte für regionale grenzübergreifende Tarifverbünde. Der Salzburger Verkehrsverbund, dessen Strecken zur einen Hälfte in Bayern und zur anderen in Österreich liegen, ist ein positiv hervorzuhebendes Projekt, das als Vorbild für andere Regionen gelten kann. Um diese regionalen Kooperationen möglich zu machen, muss die Hürde eines Staatsvertrags, der dafür benötigt wird, schnellstmöglich abgeschafft werden.

Nicht nur im Personenverkehr müssen wir weiter denken. Bayern ist tief in den europäischen Güterverkehr eingewoben. Daraus resultiert auch eine Verantwortung. Wollen wir Lärmbelastung reduzieren und auf zukunftsfähigen Warentransport setzen, braucht es Programme zur Förderung von Güterverkehr auf der Schiene. Die Schiene bietet dank moderner lärmreduzierender Technik, die Möglichkeit Waren zu transportieren ohne, dass es für die Anwohner von Infrastrukturadern zur Belastung wird. Diese Möglichkeiten müssen jedoch genutzt werden. Hier sehen wir die Staatsregierung in der Pflicht. Güterzüge produzieren pro Tonne und Kilometer weniger als ein Viertel des CO₂ eines LKW. Wir fordern bis 2020 die Hälfte des Güterverkehrs in Bayern über die Schiene abzuwickeln.

In den derzeitigen Planungen für Personen- und Güterverkehr stehen jedoch stets unverhältnismäßige Großprojekte im Mittelpunkt. Großprojekte wie die Magistrale Paris – Budapest oder Berlin – Palermo müssen erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Die teilweise Jahrzehnte alten Planungen müssen überprüft werden. In einer Kosten-Nutzen-Abwägung sollen bei Bedarf Alternativrouten oder billigere und trotzdem effektive Anpassungen an bestehende Strecken

Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014

ausgearbeitet werden. Dennoch stellt der Schienenausbau für die GRÜNE JUGEND Bayern eine wichtige Weichenstellung in Richtung CO₂ armer Infrastruktur dar.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist Mobilität für alle Jugendlichen möglichst günstig zugänglich zu machen. Dafür braucht es eine Weiterentwicklung von bestehenden Konzepten wie den Inter- und EU-Rail Tickets. Wir fordern schnellstmöglich Jugendpässe mit denen es möglich ist, europaweit relevante Rabatte auf alle Verkehrsmittel zu erhalten. Bayern und alle seine Verkehrsgesellschaften sollen Teil dieses Prozesses sein. Wir wünschen uns, dass es mittelfristig für Jugendliche möglich wird in ganz Europa kostenlos zu reisen. Kostenloser Nahverkehr für alle Jugendlichen unter 26 in ganz Bayern ist dabei der Beitrag, den der Freistaat leisten kann.

Doch es existieren in Europa nicht nur Landesgrenzen, sondern auch Grenzen der Inklusivität. Für viele Menschen ist nicht oder nur schwer möglich öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, da sie in ihrem Leben behindert werden. Wir fordern die Staatsregierung auf sich in den europäischen Prozessen für hohe Standards in Sachen inklusiver Verkehrsmittel einzusetzen. Daneben sollen in Bayern in den kommenden 10 Jahren alle Orte des öffentlichen Personenverkehrs inklusiv gestaltet werden.

Teil der Europäischen Idee ist jedoch auch stets Solidarität und die Fähigkeit verschiedene Perspektiven zu denken. Dies ist auch in der Verkehrspolitik notwendig. Vorstöße zu einer nationalen PKW-Maut, um vor allem unsere europäischen Freundinnen und Freunde übermäßig abzukassieren ist kontraproduktiv und gefährlich. Die CSU muss, wenn es eine gemeinschaftlich europäische Perspektive in der Verkehrspolitik geben soll, sofort von ihrer Idee einer "PKW Maut" zurück treten. Wir kritisieren dabei auch die vorhandenen Mautsysteme in Europa und fordern auf europäischer Ebene ein Verbot von nationaler PKW-Maut.